

# ISOR aktuell

Mitteilungsblatt  
der Initiativegemeinschaft  
zum Schutz der sozialen Rechte  
ehemaliger Angehöriger  
bewaffneter Organe und  
der Zollverwaltung der DDR e. V.

Nr. 12 / 2002 ★ Infopreis: 0,00 Euro ★ Dezember 2002

## Gedanken zum Jahreswechsel

von Horst Parton, Vorsitzender



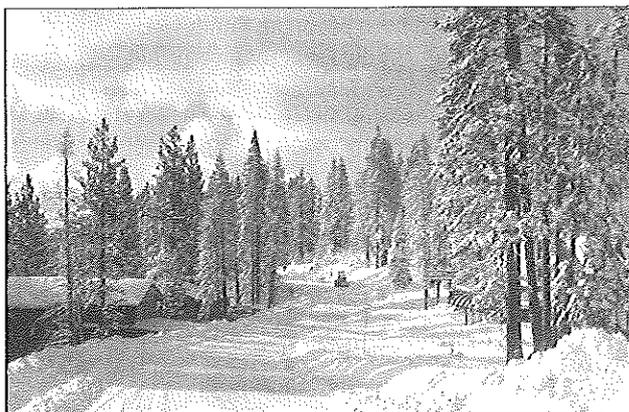
ieder liegt ein Jahr hinter uns und je älter wir werden, desto schneller scheint die Zeit zu verstreichen.

2002 war ein Jahr vieler politischer Veränderungen und für unsere Initiativegemeinschaft von unzähligen Mühen gekennzeichnet, die noch bestehenden Rentenungerechtigkeiten und die Versorgungsbenachteiligung zu überwinden.

Es war und ist nicht immer leicht, die Interessen von allen noch betroffenen Strafrentnern und Versorgungsbenachteiligten zu vertreten, die uns ihr Vertrauen schenken. In ISOR aktuell, in Schreiben an die TIG-Vorstände, in Schulungen konnte jeder verfolgen, dass der Auftrag der Vertreterkonferenz konsequent umgesetzt wird.

Ich denke, dass alle aktiven Mitglieder unserer Initiativegemeinschaft das in sie gesetzte Vertrauen gerechtfertigt haben, wofür ich mich recht herzlich bedanken möchte. Das schließt ein besonderes Dankeschön an unsere Familienangehörigen ein. Ohne ihr Verständnis für unsere aufopferungsvolle Arbeit wäre eine solche aktive Tätigkeit in ISOR nicht möglich.

Das vergangene Jahr war auch ein Jahr des Unglücks für viele Menschen in unserem Land. Mit der verheerenden Flutkatastrophe standen viele Menschen plötzlich vor dem Nichts. Auch Mitglieder unserer Initiativegemeinschaft, viele in betagtem Alter, waren davon betroffen. Eine Welle der Solidarität setzte ein. Das von ISOR-Mitgliedern gespendete Geld und Sachwerte kamen und kommen ausschließlich betroffenen ISOR-Mitgliedern und aktiven Sympathisanten zugute.



Leid konnten wir dadurch gemeinsam lindern.

Eine zweite Katastrophe bahnt sich an. Kaum im Amt, werden Wahlversprechen durch die Bundesregierung nicht eingehalten, wird

zum Generalangriff auf den Sozialstaat geblasen. In Zeiten „leerer Kassen“ und von Sparzwängen sei es an der Zeit, die üppigen Renten und Pensionen zu kürzen und die angeblich so teuren Sozialsysteme auf den Prüfstand zu stellen. Ausgenommen sind hier selbstverständlich die maßlosen Versorgung für Politiker. Das alles geht einher mit der Schürung eines Interessenkonfliktes zwischen den Generationen.

Vorhaben, den Sozialstaat aufzukündigen, provozieren energischen Widerstand.

Das Neue Jahr wird uns hier alle fordern. Nur gemeinsam als Initiativegemeinschaft und in Solidarität mit Verbänden und Vereinen können und müssen wir etwas für uns und unsere Kinder tun, werden wir noch aktiver um unsere sozialen Rechte kämpfen. Das schließt den politischen und juristischen Kampf um die restlose Beseitigung aller Elemente des Rentenstrafrechts und die Beendigung der Versorgungsbenachteiligung ein. Wir wissen von den Schwierigkeiten dieses Kampfes und den damit verbundenen Problemen und persönlichen Opfern.

Wir wissen aber auch um die Kraft, die uns für diesen Kampf gegeben ist: Solidarität, Mut und Opferbereitschaft, Menschlichkeit und unser Sinn nach sozialer Gerechtigkeit für alle Bürger in unserem Land.

Wir danken allen, die mit uns diesen schwierigen Weg beschreiten. Der bevorstehende Jahreswechsel ist eine Zeit der Besinnung im Kreise unserer Familien, der Freunde und Genossen. Hier finden wir die Kraft und das Wissen, wofür wir arbeiten und kämpfen.

Der Vorstand von ISOR e. V. und ich persönlich wünschen allen Mitgliedern unserer Initiativegemeinschaft und allen, die solidarisch an unserer Seite stehen, ein besinnliches Weihnachtsfest und alles Gute zum Neuen Jahr.

### Brief an den deutschen Bundeskanzler:

## ISOR e. V. fordert Beendigung politischer Diskriminierung

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

im Namen von mehr als 26.000 Mitgliedern unserer Initiativegemeinschaft wende ich mich mit dem Ersuchen an Sie, Ihre Kompetenz geltend zu machen, um Strafverfolgung und soziale Diskriminierung von ehemaligen Bürgern und Hoheitsträgern der DDR für Handlungen zu beenden, die der ihnen übertragenen politischen und staatlichen Verantwortung entsprachen. Das schließt die Einstellung strafrechtlicher Verfolgung von ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe ein, die nach geltendem Recht der DDR gehandelt hatten.

Aus unserer Sicht ist es im 12. Jahr nach

dem Beitritt der DDR zur BRD ein dringendes Erfordernis zur Vollendung der deutschen Einheit und der Wahrung des inneren und sozialen Friedens in unserem Land, Strafverfolgung und Diskriminierung zu beenden sowie Gnade walten zu lassen, wenn aus der Sicht heutiger Beurteilung im Einzelfall gegen DDR-Recht verstoßen wurde.

Die gesellschaftliche Praxis zeigt: Die strafrechtliche Verfolgung von ehemaligen Bürgern der DDR ist ein untauglicher Versuch, die Geschichte der DDR aufzuarbeiten. Behindert und sogar verhindert wurde damit vor allem eine objektive, politisch kritische Sicht auf die Geschichte der DDR unter freimü-

ger Beteiligung wichtiger Zeitzeugen.

Die Bürger der neuen Bundesländer haben mit ihrer Entscheidung bei der Bundestagswahl großes Vertrauen in Ihre Person gesetzt, noch bestehende Probleme zwischen Ost und West abzubauen. Das schließt auch hohe Erwartungen in Ihren Willen und in Ihre Bereitschaft ein, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sich für die Beendigung der Strafverfolgung und Diskriminierung von ehemaligen Bürgern und Hoheitsträgern der DDR einzusetzen.

Hochachtungsvoll

Horst Parton,  
Vorsitzender

## Gegen Rentenstrafrecht: ISOR geschäftsbereit

In Umsetzung der politischen Konzeption wandte sich der Vorstand am 4. Dezember mit nachfolgendem Schreiben an die Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung,

Frau Ulla Schmidt. Ähnlich lautende Schreiben erhielten auch der Innenminister Otto Schily und der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen Manfred Stolpe.

Sehr geehrte Frau Ministerin,

gestatten Sie mir, Ihnen unsere Genugtuung über den Wahlsieg von Rot-Grün und unseren Glückwunsch zur Berufung als Bundesministerin, nunmehr auch in der Verantwortung für die Rentenversicherung, zu übermitteln. Wir erinnern gern an Ihr persönliches Engagement als stellvertretende Fraktionsvorsitzende für die Überwindung der Benachteiligung ehemaliger Staatsbediensteter der DDR im Rentenrecht, vor allem durch sogenannte besondere Beitragsbemessungsgrenzen.

Der Gesetzgeber hat mit dem 2. AAÜG-ÄndG leider nur umgesetzt, was die Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom 28. April 1999 zwingend geboten haben. Er ist mit der Dynamisierung der besitzgeschützten Beträge der Versorgungsleistungen sogar hinter dem Abstandsgebot nach diesen Urteilen zurückgeblieben. Zu einer Änderung des § 6 Abs. 2 und 3 AAÜG idF (1.) AAÜG-ÄndG im Sinne dieser Urteile konnte er sich nicht entschließen. Eine der gutachterlichen Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS/AfNS entsprechende und dem Gleichheitsgebot des Art. 3 GG genügende Berücksichtigung der Arbeitsverdienste hat er ebenso unterlassen wie die Beseitigung der Ungleichbehandlung im Dienstbeschädigtenrecht.

Nach seiner Begründung hat der Gesetzgeber an der Ungleichbehandlung festgehalten, um erneut ideologisch geführte Diskussionen zu vermeiden (BT-DS 14/5640 vom 23. März 2001 S. 18). Die Betroffenen sahen darin ein Nachgeben gegenüber dem ideologisch motivierten Anspruch bestimmter Kreise, entgegen Grundrechtsschutz und -gebot an der Ungleichbehandlung im Rentenrecht festzuhalten. Die 26.000 Mitglieder unseres Sozialvereins haben sich in einer Mitgliederbefragung nahezu einstimmig dafür ausgesprochen, dies nicht hinzunehmen. Sie sind entschlossen, die damit im oft hohen Alter und bei angegriffenem Gesundheitszustand besonders schweren Belastungen solidarisch zu tragen und setzen im Einklang mit anderen Betroffenenverbänden ihren Kampf um Gleichbehandlung im Rentenrecht fort. Es geht schlicht um Achtung von Lebensarbeitsleistung wie für jedermann. Die Betroffenen

haben den langen und für den Einzelnen oft qualvollen und entbehrungsreichen Weg zum Bundesverfassungsgericht erneut beschritten.

Die neue Bundesregierung, Sie persönlich als Sozialministerin und die Regierungskoalition haben nun Gelegenheit, den für die innere Befriedung wirklich entscheidenden Schritt zu gehen. Es soll an unserem Willen nicht mangeln, dafür eine befriedigende Lösung zu finden. Dabei geht es um

- die Aufhebung der besonderen Beitragsbemessungsgrenzen für Personen, die Einkommen über den Werten der Anlage 4 AAÜG bezogen haben (E 3), möglichst noch bevor das Bundesverfassungsgericht die Regierung verurteilt,
- die der Klärung der tatsächlichen Verhältnisse entsprechend angemessene Berücksichtigung der Arbeitsentgelte der ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS bis zur allgemeinen Beitragsbemessungsgrenze, ohne dass dies durch ein erneutes Urteil des Bundesverfassungsgericht veranlasst werden muss,
- die umgehende Neuregelung des Dienstbeschädigtenrechts, nachdem das Bundesverfassungsgericht die entsprechenden Regelungen des AAÜG mit

Beschluss vom 21. November 2001 als verfassungswidrig verworfen hat,

- die dem Gebot des Abstands zu den Versicherten der Sozialpflichtversicherung und Freiwilligen Zusatzrentenversicherung der DDR und der Wahrung des Lebensstandards gem. dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts entsprechende Regelung der Dynamisierung der besitzgeschützten Versorgungsleistungen unter Beachtung der Inflationsrate in den neuen Bundesländern, ohne dass es auch dazu erneut eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts bedarf.

Zu allen diesen Problemen suchen wir das klärende Gespräch mit Ihnen, um den Weg zu einvernehmlichen Lösungen zu eröffnen und möglichst auch bis zum Ende zu beschreiten. Seien Sie dabei auch unserer Bereitschaft versichert, mit eigener Kraft zur ggf. noch weitergehenden Sachklärung z. B. durch Auswertung der Struktur- und Stellenpläne und der Stellenplanüberwachungslisten des MfS beizutragen, zu denen selbst den Anwälten der Betroffenen der Zugang mit Hinweis auf § 19 Abs. 3 iVm §§ 20/21 Abs. 1 StUG verwehrt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Horst Parton,  
Vorsitzender



## Das Hochwasser kam und ging – unsere Solidarität bleibt

Der gemeinsame Kampf für die Beseitigung des Rentenstrafrechtes und aller sozialen Ungerechtigkeiten hat unsere ISOR zu einer solidarisch handelnden Gemeinschaft zusammen geschweißt. Dies hat sich auch bei der Hilfe für Mitglieder, die von der Flutkatastrophe betroffen sind, gezeigt. Ein Beispiel dafür ist unser Mitglied Klaus Koark. Die Familie Koark hatte 1992 die Pension Sonnenheim in Schmilka erworben und diese zu einer Basis für Aktivurlaub in der Sächsischen Schweiz ausgebaut.

Kein Einwohner von Schmilka hatte mit so einem Hochwasserstand gerechnet. Der bisher bekannte Hochwasserstand in Schmilka lag bei 8,7 m, das August-Hochwasser erreichte einen Stand von 12 m. Die Folgen des Hochwassers waren katastrophal: das Erdgeschoss und das Freigelände mit 10 cm Schlamm bedeckt, das Erdgeschoss durch einen Wasserstand von 1,6 m stark beschädigt. Die Schadensbilanz in Kurzform: Das Bauwerk im Unter- und Erdgeschoss musste saniert werden, die gesamte Elektrik und Heizung war defekt, Einrichtungsgegenstände und Verbrauchsmittel einschließlich 5.000 l Heizöl, unbrauchbar. Geschätzter Gesamtschaden: 130.000 Euro. Die solidarische Hilfe begann sofort. Unser Mitglied Peter Stys, selbst vom Hochwasser betroffen, hat gemeinsam mit dem Revierförster Thalmann und weiteren fünf Forstarbeitern sechs Tage lang unentgeltlich bei der Schlambeseitigung geholfen. Anschließend stellten andere ISOR-Mitglieder aus Dresden und Kamenz ihre Hilfe zur Verfügung. Nach der Bauwerksaustrocknung werden ISOR-Mitglieder eine Malerbrigade bilden, um Hilfe zu leisten. Durch die

finanzielle solidarische Hilfe von ISOR konnte schnell zur Linderung der Schadensfolgen beigetragen werden. Klaus Koark bedankt sich bei allen Mitgliedern für die unbürokratische Hilfe. Das Ziel der Familie Koark: Wiedereröffnung der Pension zum Jahreswechsel 2002/2003.

*Horst Eismann*

★

Ich möchte mich bei allen Mitgliedern für die erwiesene hilfreiche und materielle Unterstützung zur Minderung der Hochwasserschäden bedanken. Sie ist Ausdruck unserer solidarisch-kameradschaftlichen Verbundenheit im Kampf gegen die politisch motivierte Strafverfolgung in dieser Gesellschaftsordnung. Ich vermeide bewusst die Staatsbezeichnung, da ich diesem nicht verbunden und verpflichtet bin. Es ist eine Wechselwirkung und beruht auf Gegenseitigkeit.

Diese Unterstützung gibt mir moralische Kraft, weiter den engen Zusammenhalt in unserer TIG aufrecht zu erhalten und den Kampf gegen das erwiesene Unrecht fortzuführen.

*Günter W. Berger, Niederau*

★

Hiermit möchte ich mich für Ihre schnelle und sehr unbürokratische Hilfe sehr herzlich bedanken. Diese Hilfe konnte nur durch das uneigennützig Verhalten von DDR-Bürgern zustande kommen. Der überwiesene Betrag trägt wesentlich dazu bei, die Verluste zu mildern.

*Ihre Helga Rulff, Dessau*

★

Am 8. 11. 2002 haben wir unsere 1. Mitgliederversammlung in der TIG Wolfen-Bitterfeld nach der Hochwasserflut durchgeführt. Vorher war es uns durch die vielen Schäden im Kreis nicht möglich, einen entsprechenden Versammlungsraum zu finden. Wir haben uns als Vorstand in dieser schwierigen Zeit individuell um unsere Mitglieder gekümmert, besonders um unsere Hochwassergeschädigten. Von Anfang an war auch in unserer TIG eine große Solidarität mit den Betroffenen vorhanden. Hilfe gab und gibt es bei den Aufräumungs- und Reparaturarbeiten sowie in Form materieller Hilfe. Von unseren 60 Mitgliedern sind 13 Vereinsfreunde in unterschiedlichem Maße betroffen, davon vier mit beträchtlichen Wohnungs- und Gebäudeschäden. In unserer Versammlung würdigten wir die Solidarität in unserer Gemeinschaft. Von unseren Mitgliedern, besonders von den Hochwasserbetroffenen, wurde der Vorstand beauftragt, unseren herzlichen Dank an alle Spender zu übermitteln. Die Spenden können zwar nicht alle materiellen Schäden ersetzen – das wurde auch nicht erwartet – aber sie haben eine große wohltuende Wirkung auf das Zusammengehörigkeitsgefühl unserer ISOR-Familie ausgeübt. Wir sind motiviert, die Solidarität in unseren Reihen weiter auszubauen und auch in Zukunft unsere Anstrengungen für unsere gemeinsamen Ziele zu erhöhen. Zum Schluß haben wir die Bitte, dass Ihr den Dank unserer TIG-Mitglieder für die Spendenbereitschaft über – **ISOR aktuell** – an alle ISOR-Mitglieder weiterleitet – Solidarität tut so gut.

*Gerald Geiling, Vorsitzender  
Gerhard Seyring, Stellvertreter*

## Die Arbeitsgruppe Freizeit und Reisen der GBM setzt ihre Arbeit fort

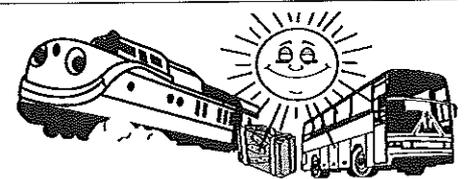
Auf Beschluss des Vorstandes der GBM hat sich vor einigen Jahren die Arbeitsgruppe Freizeit und Reisen gebildet und kann auf eine erfolgreiche Arbeit verweisen.

Die Arbeitsgruppe „Freizeit und Reisen“ organisierte in den zurückliegenden Jahren unter Leitung von Gisbert Graff, Mitglied des Vorstandes der GBM, Reisen in die verschiedene Winkel der Welt, neben Deutschland mit seinen Ländern nach Spanien (Mallorca, Teneriffa), Malta, Österreich, Tschechien und selbst in die USA und nach Kanada. Neben den mehrwöchigen Reisen erfreuten sich auch die Kurzreisen, die in der Vergangenheit in die Sächsische Schweiz, in den Harz, auf die Insel Rügen und nach Bregenz führ-

ten und stets mit kulturellen Höhepunkten (Konzert- und Opernbesuche, Theateraufführungen) verbunden waren, großer Beliebtheit.

An den in enger Zusammenarbeit mit unseren Partnerbüros Dr. Richard Herrmann-Touristik und tuk-International organisierten Reisen nahmen mehrere hundert Mitglieder der GBM, ISOR, GRH und Sympathisanten teil.

Da es sich bei den Reiseteilnehmern um Gleichgesinnte handelt, ist der Gedankenaustausch frei von jeglicher Gereiztheit, das Zusammensein freundschaftlich und von Fröhlichkeit getragen. Hinzu kommt, dass Reisen in ein fernes oder nahes Land, auch in Gegenden der Bundesrepublik, selbst etwas mit



der Erweiterung des eigenen Gesichtsfeldes, mit Erkenntniszuwachs über das Leben und die Geschichte der Völker, mit der Zunahme an Allgemeinwissen und politischen Einsichten zu tun hat.

Auch für das Jahr 2003 hat sich die Arbeitsgruppe Freizeit und Reisen ein anspruchsvolles Programm gestellt. Es werden solche Reisen durchgeführt bei denen nach wie vor Sicherheit, Bequemlichkeit, guter Service, Spaß und Geselligkeit an erster Stelle stehen. Der Plan der Reisen für 2003 liegt in der Geschäftsstelle von ISOR und in den TIG-Vorständen vor und kann dort eingesehen bzw. angefordert werden.

*Gisbert Graff*



## Aus unseren TIG



### Eine notwendige Richtigstellung

Leider ist uns bei der redaktionellen Bearbeitung des Beitrages des Beiratsmitgliedes Gerd Röseberg aus Cottbus in **ISOR aktuell** Nr. 11/2002 ein Fehler unterlaufen. Herr Schreck ist als Direktkandidat für seine Partei, die SPD, in den Bundestag gewählt worden, wozu wir ihn nachträglich beglückwünschten.

★

Am 30. November 2002 berieten der Vorstand der TIG **Leipzig** mit den Vorständen und Betreuern der Untergruppen, den Mitgliedern der AG Recht und Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam mit Funktionären der TIG von 10 Kreisstädten des Regierungsbezirkes Leipzig die wesentlichen Aufgaben für ihre Tätigkeit im Jahr 2003.

In den Ausführungen von Horst Parton und des Vorsitzenden der TIG Leipzig Wolfgang Henter wurden die erreichten Ergebnisse durch alle Mitglieder und die persönlichen Anteile der Funktionäre in den TIG gewürdigt. Augenmerk galt aber dem Blick nach vorn.

So werden wir den politischen Druck auf die Landesregierungen, Parlamente und Fraktionen der neuen Bundesländer zur Unterstützung des Antrages der Regierung Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesrat erhöhen. An den Petitionsausschuss des Bundestages richten wir weiter unsere Forderung, die Rentenkürzung des 2. AAÜG umgehend zu beseitigen. Argumentationen und Anschriften dazu liegen in den TIG vor. Die Aktion hat bereits begonnen.

Gleichzeitig ist unsere Arbeit zur Herstellung und des Haltens von Kontakten zu Abgeordneten aller Parteien der Region, die im Bundestag, im Landesparlament Sachsens und in den Stadtparlamenten vertreten sind, über die solidarische Zusammenarbeit mit anderen Verbänden weiter auszubauen.

Peter Kurze

★

Auf der Mitgliederversammlung der TIG **Gera** im Oktober sprach unser Freund Horst Parton zu aktuellen Problemen des politischen und juristischen Kampfes zur Beseitigung des Sonderversorgungssystems des MfS und der Empfänger der Besoldungsgruppe E3 der DDR. In seinen Ausführungen ging er auch auf die noch ausstehende Gesetzgebung zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 21. 11. 2001 ein. Er machte darauf aufmerksam, dass auf Grund des Fehlens eines konkreten Termins durch das

Bundesverfassungsgericht der Gesetzgeber 10 Jahre Zeit hat, ein Gesetz zu erlassen. Das kann bedeuten, dass der Dienstbeschädigungsausgleich an berechnete Angehörige des MfS erst im Jahre 2011 auf Antrag gezahlt würde. Er forderte alle Mitglieder von ISOR e. V. auf, gegen diese Verschleppungstaktik zu kämpfen.

Willi Nießen

★

Die TIG **Chemnitz** führte am 2. 11. 2002 ein Treffen ehemaliger Angehöriger der Objektverwaltung „W“ Karl-Marx-Stadt durch. Die in geselliger Runde von den über 150 Teilnehmern geführten Gespräche stärkten die Solidarität und das Zusammengehörigkeitsgefühl und gaben Mut und Kraft für unseren komplizierten und schwieriger gewordenen Kampf um die restlose Beseitigung des Rentenstrafrechts. Es wurden fünf neue Mitstreiter gewonnen. Insgesamt hatte unsere TIG im Jahre 2002 durch persönliche Briefe und individuelle Gespräche einen Zuwachs von 99 Mitgliedern. Die bewährten Methoden der Mitgliederwerbung werden 2003 fortgesetzt.

★

Wir haben uns, so wie ihr alle bestimmt auch, vor ein paar Tagen in einer sehr gut besuchten Gesamtmitgliederversammlung unserer TIG **Wolgast** mit der aktuellen Lage bzgl. unseres Kampfes um endgültige Beseitigung der noch geltenden Ungerechtigkeiten im Rentenrecht in unserem Land nach den Wahlen in Bund und Land beraten und weitere Schlussfolgerungen erarbeitet.

Eine große Hilfe dabei waren für uns die Informationen, Erläuterungen und Orientierungen, die uns unser Freund Horst Hartkamp, Mitglied des ISOR-Vorstandes, auf dieser Versammlung gab. Sowohl durch ihn als auch durch ein Mitglied unserer TIG konnten wir die wichtigsten Orientierungen und Schlussfolgerungen der ISOR-Beratung in Kuhs am 12. Oktober zur Kenntnis nehmen und in unsere Überlegungen zur Festlegung unserer weiteren Schritte einbeziehen.

Ob zu Strategie und Taktik unserer weiteren Arbeit, ob zu politischen Aktivitäten oder zum juristischen Kampf, in der lebhaften, freimütigen und offenen Diskussion unserer Mitglieder zeigte sich erneut die feste Solidarität mit allen noch um ihr Recht kämpfenden ISOR-Freunden, die Bereitschaft, bis zur endgültigen Beseitigung auch des letzten Rentenunrechtes fest zusammenzustehen.

Für ISOR insgesamt ist es auf alle Fälle günstig, dass es in unserem Bundesland Meck-

lenburg/Vorpommern, trotz gewaltiger Stimmenverluste der PDS, erneut zur Regierungsbeteiligung dieser unserem gerechten Kampf am nächsten stehenden Partei gekommen ist.

Dadurch ist es gelungen, die folgende für unsere politischen Aktivitäten bedeutsame Formulierung in den Koalitionsvertrag aufzunehmen: „Die Landesregierung setzt sich weiter für die Schließung von Gerechtigkeitslücken im Rentenrecht ein. Für die Landesregierung ist die Angleichung der Ost-Renten an die West-Renten noch in diesem Jahrzeit ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit.“

Wir werden also unsere außerparlamentarische politische Aktivität langfristig vorrangig auf die Forderung zur Verwirklichung dieser Koalitionsvereinbarung ausrichten.

Von Euch allen, liebe Freunde in den anderen TIG, erwarten wir, dass Ihr mit dazu beiträgt, dass die von unserer Landesregierung vor einiger Zeit eingebrachte Bundesratsinitiative zur Schaffung von Rentengerechtigkeit zumindest durch die anderen ostdeutschen Bundesländer unterstützt wird. Wendet Euch diesbezüglich an Landtagsabgeordnete und an die Fraktionen Eurer Landtage! Laßt nicht locker! Arbeitet noch stärker mit Petitionen einzelner noch betroffener Mitglieder!

Wir werden uns weiterhin Mühe geben, Kontakte zu anderen uns nahestehenden Sozialverbänden zu knüpfen und auszubauen, um in der Bevölkerung die Kenntnisse und das Verständnis für unseren Kampf weiter zu verstärken und mehr politischen Rückenhalt zu erreichen.

Zum Abschluß unserer Beratung verabschiedeten wir drei Schreiben an die einzelnen Fraktionen im Schweriner Landtag, in denen wir den Abgeordneten zur Wahl gratulierten und sie aufforderten, insbesondere zu dem Punkt bzgl. der Rentengerechtigkeit im Koalitionspapier zu stehen und ihn umzusetzen. Macht uns dies nach! Macht auch Euren Fraktionen Dampf im Namen der sozialen Gerechtigkeit!

Volker Sachse

★

Am 23. 11. 2002 fand unsere gemeinsame Beratung statt. Es nahmen teil: Solidus, GRH, ISOR, BRH, GBM, DBwV, Volkssolidarität, BGS-Senioren, und der Verein der Thälmannwerker **Magdeburg**.

Im Mittelpunkt der Beratung standen die gemeinsamen Anstrengungen zur Beseitigung des noch bestehenden Rentenunrechtes und der allgemeinen Benachteiligung der ostdeutschen Bürger durch niedrige Löhne/Gehälter und Renten und die Initiative von Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat. Wir einigten uns, einen Brief an Prof. Dr. Böhm, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt und Präsident der Bundesrates, zu senden in

dem er aufgefordert wird, sich dafür einzusetzen, dass die Initiative des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Beseitigung der Rentenungerechtigkeiten im Bundesrat behandelt und positiv beschieden wird.

Auch im Jahr 2003 wollen wir alle 3 Monate zum Erfahrungsaustausch zusammen kommen. Dazu wird eine Redaktionskommission gebildet, die auch andere gemeinsame Projekte redaktionell betreut. So ist vorgesehen, 2003 bei Notwendigkeit ein Informationsblatt für die Mitglieder aller Verbände heraus zu geben. Monatlich beraten die Rentenexperten. Das hat sich gut bewährt und der Beitrag unseres Vertreters wird allgemein anerkannt.

In Briefen wandten wir uns an die Vorsitzenden der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wir baten um Auskunft, warum in der Koalitionsvereinbarung vom 16. Oktober keine Aussagen zur Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West getroffen wurden.

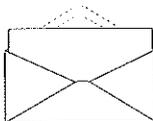
*Siegfried Korth, Mitglied des Beirates*

### Bei anderen gelesen

*Einen Kranz für die 342 Toten auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof in Stendal legten am Volkstrauertag Mitglieder der Freundchaftsgesellschaft nieder. In stillem Geden-*

*ken verharren dort auch Landrat Jörg Hellmuth und Mitglieder der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR (ISOR).*

*(aus Altmark Zeitung vom 18. 11. 2002)*



### Aus der Postmappe

Vom 30. 8. bis 2. 9. 2002 weilte ich auf Einladung des 1. Stellvertreters der Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges der Stadt Kiew, Oberst a.D., S. I. Titow, in der ukrainischen Hauptstadt. Mit den Veteranen der Ukraine tauschte ich Erfahrungen aus über unseren Kampf in ISOR und in der GRH, gegen Rentenstrafrecht und soziale Ausgrenzung, politische Strafverfolgung und Siegerjustiz sowie Praktiken bundesdeutscher Organe zur Delegitimierung der DDR.

Wertvolle Anregungen für unsere Arbeit erhielt ich dabei vom Vorsitzenden des Rates der Veteranen der Ukraine, Abgeordneten der Rada (Oberste Volksvertretung der Ukraine), Armeegeneral Iwan Alexandrowitsch Gerasimow. Er berichtete, dass es gelang die Diskriminierung der Pensionäre messbar abzuschwächen, vor allem jener, die bis 1992 Rent-

ner wurden. Ihr Kampf brachte auch Vergünstigungen für die Veteranen und Menschen mit geringen Einkommen, zum Beispiel beim Bezug von Medikamenten in bestimmten Apotheken. Die Genossen kämpften weiter um Rentengerechtigkeit für jene Veteranen und Invaliden, die vor 1992 Rentner wurden.

Genosse Gerasimow stellte fest, dass es im Grunde um gleiche Probleme des Kampfes der ukrainischen und DDR-Veteranen geht. (Sie betrachten ISOR als die Veteranenorganisation der DDR.) Solidarität, wie in Protesten der ukrainischen Veteranen gegen gerichtliche Verfolgung von ehemaligen DDR-Bürgern (Repräsentanten, Angehörigen der Grenztruppen u. a.), am 4. 10. 1999 und in Protestschreiben an das UNO-Menschenrechtszentrum in Genf gegen Rentenstrafrecht bei ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR vom 30. 1. 1998 werde es auch ferner geben.

In zwei Versammlungen der Kriegsveteranen berichtete ich über unseren Kampf in ISOR und der GRH und beantwortete Fragen der ukrainischen Kampfgefährten. Die ukrainischen Veteranen grüßen die Freunde in ISOR und der GRH und wünschen ihnen weitere Erfolge in ihren gerechten, schweren Kampf.

*Karl-Heinz Reinhardt*

► Fortsetzung auf Seite 6

## ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

### zum 95. Geburtstag:

*Rudolf Gorogranz, Dresden  
Bruno Mallwitz, Eisenhüttenstadt*

### zum 92. Geburtstag:

*Herta Bretschneider, Schwarzenberg  
Willy Eckert, Chemnitz  
Elisabeth Herschner, Berlin-Friedrichshain  
Helmut Vater, Löbau/Cunewalde*

### zum 91. Geburtstag:

*Fritz Kraban, Berlin-Hohenschönhausen*

### zum 86. Geburtstag:

*Elfriede Krause, Dessau  
Felix Schneider, Berlin-Karlshorst  
Johanna Ziewitz, Gera*

### zum 85. Geburtstag:

*Anni Assmann, Rostock*

### zum 80. Geburtstag:

*Ilse Baumann, Berlin-Prenzlauer Berg  
Heinz Blau, Zeitz  
Maria Curin, Erfurt  
Elli Fleischer, Berlin-Friedrichshain  
Emil Gold, Dresden  
Otto Hildebrandt, Magdeburg  
Günther Glaser, Berlin-Lichtenberg  
Eva-Maria Kramme, Leipzig  
Doris Kuntzsch, Dresden  
Arno Mahler, Delitzsch  
Heinz Neiding, Sonneberg/Neuhaus  
Johannes Nießner, Dresden*

*Ingeborg Pillau, Berlin-Friedrichsfelde*

*Johanna Puls, Eilenburg  
Hans Schlegel, Potsdam-Babelsberg  
Willi Schottmann, Rostock  
Hans-Ulrich Schultze, Berlin-Weißensee  
Franz Sgraja, Berlin-Hellersdorf  
Elfriede Söte, Berlin-Weißensee  
Kurt Thode, Rostock  
Karl Toussaint, Chemnitz  
Werner Trentzsch, Leipzig  
Werner Weber, Leipzig*

### zum 75. Geburtstag:

*Günter Abraham, Berlin-Weißensee  
Helmut Anschütz, Schmalkalden/Reichenbach  
Heinz Bandun, Chemnitz  
Herbert Barchmann, Berlin-Hellersdorf  
Ingeborg Baude, Berlin-Lichtenberg  
Gerhard Böhm, Berlin-Weißensee  
Gerlinde Ende, Berlin-Pankow  
Christa Feige, Chemnitz  
Helmut Felske, Strausberg  
Fritz Ferdinand, Frankfurt/Oder  
Manfred Flader, Berlin-Hohenschönhausen  
Günter Freund, Delitzsch  
Waltraud Gittner, Berlin-Friedrichsfelde  
Herbert Gögge, Bergen  
Erich Grimmeck, Berlin-Mitte  
Werner Haugk, Zwickau  
Günter Hoffrichter, Cottbus  
Heinz Hohndorf, Magdeburg  
Heinz Köhler, Leipzig*

*Günter Köller, Jöbnitz*

*Georg Krapp, Oschatz  
Hanna Melchert, Magdeburg  
Irmgard Mikus, Potsdam-Drewitz  
August Müller, Berlin-Lichtenberg  
Herbert Naujoks, Erfurt  
Eberhard Noack, Berlin-Friedrichsfelde  
Eva-Maria Nutsch, Storkow  
Jasper Oelze, Berlin-Friedrichsfelde  
Ilse Pahlke, Berlin-Treptow  
Ingrid Palm, Berlin-Friedrichsfelde  
Wolfgang Pieper, Bernau  
Hans Pojar, Chemnitz  
Walter Preidel, Leipzig  
Gertraude Quaas, Dresden  
Gerhard Ranig, Eichwalde  
Friedrich Reinschmied, Schwerin  
Ingeborg Rengel, Berlin-Friedrichshain  
Erich Richter, Berlin-Friedrichsfelde  
Georg Rzepka, Magdeburg  
Franz Schmidt, Brandenburg  
Günter Schmidt, Leipzig  
Hans-Ulrich Scholz, Berlin-Lichtenberg  
Annemarie Schreiber, Magdeburg  
Gertrud Seidel, Berlin-Lichtenberg  
Rolf Seidel, Leipzig  
Fedor Steinhorst, Annaberg  
Maria Tittelbach, Berlin-Friedrichshain  
Edmund Weber, Berlin-Mitte  
Ursula Wiesner, Berlin-Marzahn  
Werner Zimmermann, Berlin-Treptow*

## Die AG Recht informiert

### Achtung

#### Neue Sprechzeiten der AG Recht

Ab 1. 1. 2003 veränderte Sprechzeiten der AG Recht beim ISOR-Vorstand:

**Dienstags von 9 bis 12 Uhr sowie jeden 1. und 3. Donnerstag des Monats von 15 bis 18 Uhr**

nach wie vor im Raum 317, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin 10243

In der Zeit vom 24. 12. 2002 bis 31. 12. 2002 werden keine Sprechstunden durchgeführt.

### Fortsetzung von Seite 5

Ich gehöre zur TIG Schwerin und konnte bisher aus beruflichen Gründen nicht an den jeweiligen Versammlungen teilnehmen. Bedanken möchte ich mich für die regelmäßige Zustellung unserer Zeitschrift.

Ich teile den Gedanken, dass es an der Zeit ist, Jüngere in die Aufgaben einzubeziehen. Aber wie? Ich bin selbst noch voll berufstätig – auch noch in den nächsten 20 Jahren. Die Versammlungen finden immer nachmittags statt. Also ist eine Teilnahme nicht möglich. Und ich glaube, dass es sehr viel Zeit braucht, um sich in die Problematik unserer Initiativgemeinschaft einzudenken und aktiv mitzuwirken. Dafür Dank an den gesamten Vorstand und an die einzelnen TIG.

Martina Pundt

## Antworten

Unser Mitglied Bernd Fischer aus Vorbeck stellte uns eine Antwort des MdB Hans-Joachim Hacker zur Verfügung, die er auf seinen Glückwunsch zur Wiederwahl erhalten hat. Herr Hacker schrieb u. a.: „Mit Ihnen bin ich der Meinung, dass die bestehenden offensichtlichen Ungleichbehandlungen im Rentenrecht beseitigt werden müssen. Die Initiative des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat kann hierbei einen neuen Anstoß geben. Entsprechende Gesprächskontakte mit dem Sozialministerium halte ich für sinnvoll. Ich werde die Angelegenheit auf Bundesebene verfolgen und mich über das Ergebnis der Behandlung des Antrages im Bundesrat sachkundig machen.“

## Der Vorstand teilt mit

Auf seiner Sitzung am 27. November 2002 setzte der Vorstand die Beratung zu politischen und juristischen Grundsatzdokumenten fort. Er nahm einen Bericht von Prof. Dr. Rolf Gruner zur Umsetzung der Konzeption zur wissenschaftlichen Arbeit über die Entwicklung des Rentenstrafrechts und einen Bericht von Horst Hartrampf zur Entwicklung des Mitgliederstandes entgegen.

Der Vorstand beschloss, sich mit einem Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder zu wenden und ihn zu bitten, sich für eine sofortige Beendigung der Strafverfolgung und sozialen Diskriminierung von ehemaligen Bürgern und Hoheitsträgern der DDR einzusetzen.

Damit unterstützt ISOR e.V. die Forderung zahlreicher Verbände, Parteien und Persönlichkeiten an die Politik, nach 12 Jahren staatlicher Einheit zur Herstellung des inneren Friedens in unserem Land beizutragen.

## Die Hochwasserkommission informiert

Die Spendensumme zur Milderung der Hochwasserschäden hat dank der Opferbereitschaft Tausender Mitglieder, Freundinnen und Freunde inzwischen die stattliche Summe von rund 141.600 € erreicht. Darüber hinaus wurden sowohl durch TIG als auch von einer großen Anzahl von Mitgliedern weitere Tausende Euro direkt an Geschädigte und andere Organisationen überwiesen, wie aus Informationen an die ISOR-Geschäftsstelle bekannt wurde.

Dafür sei allen Spenderinnen und Spendern und den fleißigen Sammlern nochmals herzlich Dank gesagt.

Die Kommission konnte aufgrund dieser Ergebnisse in ihrer Beratung am 27. November erneut Spendenmittel verteilen und verfügte die Überweisung von 30.600,- € an weitere 13 vom Hochwasser geschädigte Freundinnen und Freunde.

Mit Freude nahmen wir als Kommission Dankeschreiben von Spendenempfängern zur Kenntnis, die dem Grunde nach an alle Spenderinnen und Spender gerichtet sind.

Zur Erinnerung allen nochmals zur Kennt-

nis: Am 31. Dezember 2002 werden Schadenserfassung und -meldung sowie die Geldsammmlung in ISOR e.V. beendet. In der zweiten Hälfte Januar 2003 wird die Kommission voraussichtlich die letzten verfügbaren Geldmittel verteilen und im Februar 2003 ihren Abschlussbericht vorlegen.

P. Fricker

## Von Mitglied zu Mitglied

Pension „Zu den Mühlsteinbrüchen“ im Kurort Jonsdorf – Tel.: 03 58 44 7 04 28



### Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

DIETER BEYER, Löbau  
 RUTH BREITBARTH, Berlin-Hohenschönh.  
 LUCIE BRÜCHERT, Berlin-Friedrichshain  
 HEINZ COHN, Magdeburg  
 WOLFGANG DECKE, Tangerhütte  
 URSULA DENNINGER, Erfurt  
 KARL-HEINZ DIETRICH, Bismarck  
 CHRISTA EBERL, Berlin-Hohenschönhausen  
 FRITZ ENGEL, Angermünde  
 REINHARD ESPIG, Potsdam-Babelsberg  
 HELMUT FIEDLER, Groß-Kiesow  
 ALFRED FISCHER, Gera  
 HILDEGARD GOLDITZSCH, Berlin-Lichtenberg  
 ELKE HARTUNG, Gera  
 ALFRED JARMER, Potsdam-West  
 KURT KIMM, Berlin-Lichtenberg  
 GÜNTER KRETSCHMER, Prossen  
 HANS UWE LENGSELD, Berlin-Lichtenberg  
 ALFRED MEDACK, Hoyerswerda  
 WALTER MÜLLER, Berlin-Hohenschönhausen  
 WERNER PLOG, Neubrandenburg  
 EBERHARD PRZYBYLSKI, Bergen  
 KURT RABENALT, Berlin-Treptow  
 HORST RICHTER, Herzberg  
 JOSEF SACHER, Berlin-Lichtenberg  
 DIETRICH SCHOLZ, Magdeburg  
 KONRAD SCHOTT, Brück  
 HASSO SEIFERT, Potsdam-Stern  
 GERHARD SPRAFKE, Merseburg  
 EBERHARD TEINZ, Berlin-Hellersdorf  
 HANS VOELKNER, Berlin-Prenzlauer Berg  
 GERHARD WEBER, Potsdam-Babelsberg  
 HANS WOIthe, Cottbus  
 HORST WULKOW, Potsdam  
 THOMAS ZETSCHKE, Halberstadt

**Ehre ihrem Andenken.**

## Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

Vi.S.d.P.: Friedrich Noll, do Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 3. 12. 2002

Einstellung in das Internet: 3 Tage nach Redaktionsschluss.

Satz: SATZ-Studio Kehrer, 12355 Berlin

Druck: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 16

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: [ISOR-Berlin@online.de](mailto:ISOR-Berlin@online.de)

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

weitergeben! ★ ★ ★ Mitglieder gewinnen! ★ ★ ★ weitergeben!